

Europa – ein Einwanderungskontinent?

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion (im Rahmen der EU weiten “Awareness Raising and Information Campaign for People in Need of International Protection” der Internationalen Organisation für Migration/IOM)

10. Juni 2002

gemeinsame Veranstaltung mit IOM/Internationale Organisation für Migration und UNHCR

Begrüßung und Einleitung:

Oliver Rathkolb, Historiker und Wissenschaftskoordinator des Bruno Kreisky Forums

Am Podium:

Irena Vojackova- Sollorano, Internationale Organisation für Migration (IOM), Wien, Leiterin und Koordinatorin für Zentraleuropa

Karola Paul, Leiterin des UN-Füchtlingshochkommissariats für Österreich/UNHCR, Wien

Daniel Esdras, Internationale Organisation für Migration (IOM), Griechenland

Walther Lichem, Botschafter, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

In seiner Begrüßung ging Oliver Rathkolb, Historiker und Wissenschaftskoordinator des Bruno Kreisky Forums, auf die historischen Aspekte der Problematik ein und verglich die Migrationsprozesse des digitalen Zeitalters mit Prozessen in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie des 19. Jahrhunderts in Zusammenhang mit der industriellen Revolution. In diesem Kontext wies er auf die Migrationserfahrung von Bruno Kreisky hin, dessen Familie aus Mähren nach Wien gezogen war. Aus historischer Perspektive stelle eine solche Art der Migration eine der vielen Gemeinsamkeiten mit den aktuellen Einwanderungsbewegungen dar.

Irena Vojackova-Sollorano, die Leiterin der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Wien, berichtete über die letzte Informationskampagne der IOM „Awareness Raising and Information Campaign for People in Need of International Protection“, die durch die Europäische Kommission finanziert und gemeinsam mit dem UNHCR in Österreich und in allen anderen EU-Mitgliedstaaten durchgeführt wurde. Ein Schwerpunkt der Aktion war die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Einwanderungsproblematik und beinhaltete unter anderem die Vorbereitung und Verteilung des Informationsmaterials sowie Seminare für Journalisten außerhalb der Ballungszentren. Damit sollte den Unterschieden zwischen den sehr realistischen Plänen der Europäischen Kommission für Europa als Einwanderungskontinent und den divergierenden Diskussionen vieler Regierungen in den Mitgliedstaaten entgegengewirkt werden.

Karola Paul, UNHCR-Vertreterin in Wien, betonte Unterschiede zwischen erzwungener Emigration und Arbeitseinwanderung. Es liege im Ermessen des Staates, die

Arbeitseinwanderung zuzulassen oder nicht, aber es bestünden rechtliche Verpflichtungen zur Aufnahme und zum Schutz von Flüchtlingen. Asylbewerber würden in der öffentlichen Meinung oft im Zusammenhang mit der Steigerung der Kriminalität gesehen, was sehr anschaulich unterschiedliche Immigrationskonzepte im Vergleich zu anderen „klassischen“ Einwanderungsländern - wie Kanada - zeige. Das mache die EU nicht attraktiv für die Einwanderung und führe dazu, dass qualifizierte Arbeitskräfte Staaten mit besseren Arbeitsbedingungen den Vorzug gäben.

Daniel Esdras, Leiter der IOM-Mission in Griechenland, informierte über die positiven Erfahrungen bei der Durchführung der Informationskampagne in Griechenland. Nach dem Zweiten Weltkrieg richteten sich Auswanderungsströme aus diesem Land Richtung Europa und Übersee, die Lage änderte sich in den 70er Jahren, als Griechenland mit dem Problem der Transiteinwanderung, vor allem aus Osteuropa, dem Nahen Osten und Afrika konfrontiert wurde. Ab Mitte 1990 wurde das Land de facto zum Einwanderungsland, vorwiegend für Migranten aus den osteuropäischen Nachbarstaaten. Die spezifische geographische Lage mit direkten Grenzen ausschließlich zu den Nicht-EU-Staaten machte Griechenland besonders beliebt als „das Tor“ in die EU. Erst im letzten Jahr präsentierte die griechische Regierung ein Einwanderungsgesetz, das den rechtlichen Status von Ausländern, Einwanderern und Asylbewerbern regelte. Entsprechend diesem Gesetz kann Aufenthaltsbewilligung nur in Zusammenhang mit Beschäftigungsbewilligung erlangt werden. Die Familienzusammenführung - mit Ehepartnern und Kindern unter achtzehn Jahren - ist nach einer einjähriger Beschäftigung möglich. Außerdem wurde eine neue Einwanderungsbehörde mit Geschäftsstellen im In- und Ausland geschaffen. Das Gesetz sei ein guter Anfang, die griechische Regierung müsse noch die Lage von Ausländern und Ausländerinnen verbessern. Der Ausländeranteil beträgt mit einer Million Personen ungefähr 10% der Gesamtbevölkerung (rund 600.000 davon halten sich legal im Land auf). Probleme liegen im Bereich der illegalen Beschäftigung und des steigenden Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit. Die IOM wirke mit ihrer Kampagne diesen Prozessen entgegen und unterstütze multikulturelle Ansätze in der griechischen Gesellschaft.

Walther Lichem, Diplomat im österreichischen Außenministerium, hob die Globalisierungsprozesse hervor, die als eine fundamentale Änderung unserer Gesellschaften bewertet werden könnten und die einen großen Einfluss auf die modernen Einwanderungsbewegungen hätten. Diese Änderungen seien durch die Devertikalisierung und Horizontalisierung gekennzeichnet, was die Steigerung individueller Verantwortung in einer horizontalen Gesellschaft bedeute. Dabei wirkten Individuen und dezentralisierte gesellschaftliche Strukturen horizontal - sowohl im Rahmen eines Staates als auch global -

zusammen. Das führe zur Verschiebung der Verantwortlichkeiten: globale Probleme betreffen jeden Einzelnen. In diesem Zusammenhang sei individuelle Verantwortung vor den internationalen Gerichtshöfen relevant, vor der die staatliche Souveränität nicht mehr schützen könne. Weiter plädierte Walther Lichem für eine pluralistische Identität der Gesellschaft, wobei das Anderssein eine Quelle für Kreativität und Veränderung, neue Ideen und neue Entwicklungen sei.

In der Diskussion wurde betont, dass Europa einerseits vor dem Hintergrund der Überalterung der Bevölkerung die Einwanderung brauche, andererseits müssten Migrationsbewegungen unter Kontrolle gebracht werden, indem z.B. Investitionen in den Entwicklungsländern vorangetrieben würden. Die Diskutanten teilten die Meinung, dass Assimilation kein bestimmender Grundsatz der Integration sein könne, das Ziel solle eine multikulturelle Gesellschaft werden, in der das Konzept der pluralistischen Identität realisiert würde. Integration werde als Eintritt in die Gesellschaft verstanden, die sich durch „kulturelle Mehrsprachigkeit“ und die Bereitschaft, interkulturelle Kreativität zu begreifen und zu genießen, kennzeichne.